

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

58. Jahrgang – Nr. 25 – August 2008

Kuratorium 2008 in Schloss Hofen

Nationalrats- wahl 2008

Erinnerung:

**7. Oktober
1938/2008**

70 Jahre Rosenkranzandacht
im Stephansdom

70 Jahre Bekenntnis
zu Christus

70 Jahre Demonstration
gegen das NS-Regime

7. Oktober 2008,
18 Uhr

Gottesdienst
im Stephansdom,
Wien



Hubert Jurasek

Misslungener Spagat Nationalratswahlen 2008

Jeder österreichische Staatsbürger, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist berechtigt, an der für den 28.9.2008 ausgeschrieben Wahl für den Nationalrat mit zu stimmen. Welche Aufgaben der Nationalrat hat, ist schon wiederholt dargelegt worden, zuletzt im FK 18/2006, S 2 „NR-Wahl am 1.10.2006“.

Jeder Wähler kann einen Repräsentanten berufen, der als sein Vertreter über Sachen entscheidet, die ihn am meisten angehen. Er möchte, dass sein Vertreter seine Werte teilt und so entscheidet wie er. Nach der NR-Wahlordnung werden nicht Personen, sondern von wahlwerbenden Gruppen (WWG) aufgestellt Programme und Persönlichkeiten gewählt. Zu vergeben sind derzeit 183 Mandate für den Nationalrat, und zwar ohne Rücksicht auf die Wahlbeteiligung. Nur diejenigen WWG, die ein Grundmandat in irgendeinem Wahlkreis errungen haben, können auch durch das Reststimmungsverfahren noch Mandate bekommen. Jede nicht abgegebene oder ungültige Stimme erhöht dadurch die Chancen derer, für die gültige Stimmen abgegeben werden, da damit die Wahlzahl verringert wird.

Vor der Nationalratswahl 2006 haben nicht nur der ÖVP sondern auch anderen Wählergruppen nahestehenden Politaguren und die Medien der ÖVP die besten Chancen gegeben. Offenbar nach dem Grundsatz „never change a winning team“ hat die ÖVP ihre Wahlpropaganda hauptsächlich auf Bundeskanzler Dr. Schüssel und den Kanzlerbonus abgestellt und kaum die Erfolge spezieller Art der Regierung erwähnt. Vernachlässigt worden ist ebenso der Kontakt mit den Sympathisanten; auch der Kanzler hielt sich mit seiner Präsenz

im Fernsehen zu „vornehm“ zurück. In der Meinung, sie hätten keine Chancen auf Mitregierung, haben die meisten der anderen WWG, vor allem die Sozialisten, das Blaue vom Himmel versprochen (FK 19/2006, S 2 „ÖVP zu siegessicher – SPÖ siegestrunken“). Mit dem Slogan „Wohlstand muss gerecht verteilt werden“ hätte die SPÖ die eigene Klientel angesprochen und den eigenen Wählerstock gehalten. Sie hätten einen „beherzten“ Wahlkampf geführt und bei den Funktionären eine überzogene Erwartungshaltung erweckt. (Der SPÖ-Geschäftsführer Reinhard Winterauer in der Presse vom 10.2.2004 S 2). Mit dem Schlagwort der „sozialen Härte“ haben sie vom BAWAG-Skandal abgelenkt (FK 20/2007, S 2 „die Geister, die er rief ...“).

Bei den Nationalratswahlen 2006 hat die ÖVP große Verluste erlitten; ihre Stimmen sind von 42,3 % auf 34,4 %, ihre Mandate sind von 79 auf 66 gesunken; (die ersten Zahlen betreffen die NR-Wahl 2002, die zweiten 2006). Auch die SPÖ hat Verluste erlitten, jedoch nicht in solcher Höhe (Stimmen von 36,51 % auf 35,5 %, Mandate von 69 auf 68). Mit der hauchdünnen Mehrheit von 1,1 % der Stimmen und 2 Mandaten ist die SPÖ – für sie völlig unerwartet – zur mandats- und stimmenstärksten Partei geworden und hat die ÖVP auf den zweiten Platz verwiesen. Den Usancen entsprechend hat der Bundes-

präsident den von der SPÖ Nominierten mit der Regierungsbildung betraut. Nach längeren schwierigen Verhandlungen einigten sich die SPÖ und ÖVP auf eine Koalitionsregierung – eine andere Mehrheit war kaum zu erreichen – mit Gusenbauer als Kanzler und Molterer als Vizekanzler (FK 20/2007, S 3 ff.).

Der Wahlsieg der SPÖ deckte kurzfristig die ideologischen Bruchlinien innerhalb des linken Lagers zu; die Zerreißprobe zwischen der schmalen Parteicrew, die in der Löwelstraße das Ruder in der Hand hat, und der Parteibasis und Parteijugend würde bald härter werden. Gusenbauer habe den Plan, sich mit der Rückendeckung des Bundeskanzlerstatus sukzessive vom diesmal wahlentscheidenden linken Flügel seiner Partei zu distanzieren, um mit Blick auf die nächsten Wahlen rechtzeitig eine „Koalition mit dem Wähler“ zu schmieden (PR vom 27.1.2007 „Gusenbauer übt Schüssels Spiel“). Rudolf Mitloehner fragte in der FU vom 11.1.2007, Titelseite „Koalition der Glücklichen“, ob Gusenbauer seinen Wahlkampf in der Opposition auch gewonnen hätte, wenn er so geredet hätte wie bei der Präsentation des Regierungsprogramms. Werde der Kitt zwischen den beiden Parteien stark genug sein, damit das Bündnis auch die unvermeidlich ins Haus stehenden Zerreißproben aushält? (FK 20/2005, S 3). Vor allem die Parteijugend der SPÖ forderte den nunmehrigen Bundeskanzler Gusenbauer auf, jene Versprechungen (Eurofighter, Hochschulgebühren usw.) zu erfüllen, die Gusenbauer seinerzeit populistisch in der Meinung, er bleibe Opposition, gegeben hat. Dieser Spagat zwischen Regierungsverantwortung und Oppositionsverhalten ist seinerzeit den Freiheitlichen bei den Wahlen zum Wiener Landtag nicht gelungen, die Partei ist daran zerbrochen

(FK 18, S 2). Auch Gusenbauer ist letzten Endes daran gescheitert.

Von Anfang an ist diese Koalition von maßgebenden Kräften der sie tragenden Parteien nicht gewollt gewesen, weil wir es hier ganz einfach mit zwei politischen Formationen zu tun haben, deren Zielvorstellungen stark divergieren (FU vom 3.7.2008, Titelseite „Finale furioso“); beide Koalitionsparteien blockierten sich gegenseitig, vor allem, wenn es um wesentliche Dinge ging (FU vom 10.7.2008, Titelseite „Es reicht! Stimmt.“).

Als des Kanzlers Glanz zu verblassen drohte, beschloss man, die Funktion des Regierungschefs und jene des Parteivorsitzenden zu trennen (FU vom 19.6.2008, Titelseite „Er hat es sich verdient“). Werner Faymann ist mit der vorläufigen Führung der SPÖ betraut worden, damit sich Gusenbauer besser den Aufgaben als Bundeskanzler widmen könne. In der SPÖ hat diese Trennung keine Tradition, sie kam nur kurz in Übergangsphasen zur Anwendung. Von einer solchen Phase will in der Partei natürlich jetzt niemand gerne reden. Der erhoffte Befreiungsschlag ist misslungen, in der Partei wird nur noch gefragt: Wann geht der Kanzler, wann muss er gehen? (FU vom 19.6.2008, S 4 „Kanzler mit Ablaufdatum?“).

Faymann hat sich geradezu bedingungslos seiner Partei und Politik verschrieben. Mit 21 Jahren wurde er Landesvorsitzender der sozialistischen Jugend in Wien, mit 25 Jahren Mitglied des Wiener Gemeinderates, mit 34 Jahren Stadtrat für Wohnungswesen, in der derzeitigen Regierung ist er Minister für Infrastruktur. Ob Faymann das bringt, was sich die SPÖ erhofft, nämlich Wähler, ist fraglich. Denn bisher hat Faymann seine tatsächliche

enorme politische Karriere vor allem seiner brillanten Technik im Umgang mit Macht und Medien zu verdanken. Er gilt daher auch als Kandidat des Boulevards (FU vom 19.6.200, S 2 „Der Kandidat des Boulevards“).

Das für die EU negative Ergebnis der Abstimmung in Irland hat allgemein eine kritische Stimmung gegenüber der EU ausgelöst. In der Hoffnung, damit Wählerstimmen zu erringen, hat sich die Führung der SPÖ von ihrem Ja zur EU entfernt und eine Volksabstimmung über alle die EU betreffenden Angelegenheiten gefordert. Ohne mit dieser Frage die Parteigremien zu befassen, haben Gusenbauer und Faymann diese Entscheidung in einem „servilen offen Brief“ dem Herausgeber der „Kronenzeitung“ Hans Dichand, einem EU-Hasser, mitgeteilt (Leserbrief in der FU vom 10.7.2008, S 8 „Hier liegt von deiner Majestät im Staub“, Ex 7/2008, S 5) Bundespräsident Fischer ist laut Rundfunkmeldung über diese Vorgangsweise der SPÖ-Führung unglücklich. Ein Land, in dem die Herrschenden mit dem Volk, wie auch miteinander, vornehmlich über offene Briefe an den Herausgeber einer Boulevardzeitung kommunizieren, befindet sich zweifellos in einem demokratiepolitisch bedenklichen Zustand (Daniel Strigl in „Die EU auf dem Boulevard, FU vom 17.7.2008, „Festerstiche“). Das Land steht unter der Knute eines zornigen Greises; einen Entfesselung der Bürger aus dem Meinungskorsett der „Kronenzeitung“ müsste auf der Agenda der Zivilgesellschaft stehen („die Entfesselung des Volkes“ FU vom 17.7.2008, Titelseite).

Die schleichende Übernahme der Macht durch die Medien in der Demokratie, gemeinhin „Mediokratie“, vollziehe sich in den europäischen Ländern

auf sehr unterschiedliche Weise. Österreichs Sozialdemokraten hätten das schon länger währende Techtelmechtel mit der „Kronenzeitung“ jetzt in eine offizielle Liaison umgewandelt. Hans Dichand habe sein Ziel erreicht, die SPÖ tanze nach seiner Pfeife. Faymann, der erste Vorsitzende der SPÖ, sei von Hans Dichand ernannt worden. Trotzdem dürfte sich die SPÖ täuschen, wenn sie glaube, dank Hans Dichand schon die Wahlen gewonnen zu haben. Die Leute hätten andere Sorgen (FU vom 10.7.2008, S 2, Traudl Brandstaller: „Mediokratie auf Österreichisch“).

Eine Volksbefragung zur EU wäre sinnvoll, vorausgesetzt eine einfache, kurze, verständliche Frageformulierung und eine Abschottung gegen tagesaktuelle Innenpolitik; nicht aber die vorliegende (Hubert Feichtlbauer in der FU vom 3.7.2008, „Klipp und klar“).

Der mit ziemlichem Schwung unternommene politische Befreiungsschlag von Vizekanzler und ÖVP-Obmann Willi Molterer gelang. Sein „Es reicht!“ löst die Koalition auf und verursacht die für den 28.9.2008 ausgeschriebenen Neuwahl (FU vom 10.7.2008, Titelseite).

Die Frist für die Anmeldung als WWG ist noch nicht abgelaufen; es können sich noch weitere Organisationen als WWG anmelden. Als sicher kann vorausgesetzt werden, dass sich jene Parteien anmelden, die schon bisher im Nationalrat vertreten gewesen sind; das sind: die SPÖ, die ÖVP, die Grünen, die FPÖ und das BZÖ. Die KPÖ muss um die notwendigen Unterstützungserklärungen (Unterschriften von 2600 Wählern oder 3 Abgeordnete des Nationalrates) bangen; das Selbe gilt für alle anderen noch weiter genannten Parteien für ihre Zulassung als WWG. Fritz

Dinkhauser (dieser hätte Chancen zumindest in Tirol ein Grundmandat zu erringen) trifft sich mit Hans Peter Martin zu Sondierungsgesprächen; weiters die Bürgerinitiative „Rettet Österreich“, die Arbeitsgruppe „Linksprojekt“, „Die Christen“, das „Liberale Forum“ (Alexander Zach) und „Soziale Kultur Österreich (SKÖ)“ unter der Führung des Schauspielers Karl Heinz Hackl, früher Anhänger der SPÖ (FU vom 17.7.2008, Spalte „Focus“). Für alle für diese Gruppen abgegebenen Stimmen gilt das Selbe wie für ungültige Stimmen.

Ergänzend zu der schon wiederholten Charakterisierung der WWG, zuletzt im FK 18/2006, S 2 „NR-Wahl am 1.10.2006“, noch weitere Begründungen, warum diese Gruppen für uns nicht wählbar sind: Bei der SPÖ ist es deren Verhalten in der großen Koalition, vor allem aber der populistische Wechsel in ihrer EU-Strategie; dazu kommt, dass, wer deren designierten Vorsitzenden und Listenführer Faymann wählt, wegen dessen Liaison mit dem Herausgeber der „Kronenzeitung“ Dichand auch diesen und dessen populistische Mediokratie mitwählt. Die Grünen stehen im äußersten linken politischen Spektrum, sie haben am ersten Kongress der linken Internationale im Oktober 2005 in Athen teilgenommen (MR 6 bis 9 2005, S 2, FK 18 S 2 f.); Peter Pilz gehört der „Gruppe Revolutionäre Marxisten“ an (ST vom 15.5.2008, S 15, wiedergegeben in AC Juni 2008, S 34). Die Grünen haben sich in der letzten Zeit durch ihre Beleidigung österreichischer Symbole selbst disqualifiziert. Der Hund der offiziellen Umweltskampagne der Stadt Wien hatte in seiner Schnauze ein Papier mit der Aufschrift „Nimm ein Sackerl für mein Gackerl“; im Herbst des vergangenen Jahres hat die Jugend der Grünen in de-

ren Lokal in Wien 7 ein Plakat aufgehängt, das diese Darstellung persifliert hat und anstelle des Spruchs „Nimm ein Sackerl usw.“ den Hund ein auf rotweiß-rottem Papier gedruckten Spruch in den Mund gesteckt, „Nimm das Flaggerl für mein Gackerl“, was eine Verunglimpfung der österreichischen Symbole gemäß § 248 StGB darstellt und von Amtswegen zu verfolgen gewesen wäre; darauf wurde nicht reagiert (AC 2/2008, S 20 f.); ein anderer Slogan der grünen Parteijugend lautete: „wer Österreich liebt, muss Scheiße sein“ (AC vom Juni 2008, S 10). Warum weder die FPÖ noch das BZÖ noch die KPÖ für uns wählbar sind, muss wohl unter Kameraden nicht gesondert erläutert werden. Die Christen scheinen zwar weltanschaulich uns am nächsten zu stehen werden jedoch kein Grundmandat erreichen.

Die Wahlbeteiligung bei den NR-Wahlen 2006 ist gegenüber den NR-Wahlen 2002 von 84,27 % auf 78,5 % gesunken. Ein Vergleich der Wahlbeteiligung in den einzelnen Bundesländern zeigt, dass die Wahlenthaltungen hauptsächlich auf Kosten der ÖVP gegangen sind. Unter dem Titel „Eine Wahl der Hoffnungen so wie immer“, veröffentlicht in der FU vom 5.10.2006, S 2 f., wird eine Diskussion über die NR-Wahl 2006 veröffentlicht, in der u.a. Kurt Scholz, Restitutionsbeauftragter der Stadt Wien, meint, das Ausmaß der Verluste sei dadurch zu erklären, dass viele Kurzschlössene jene Partei gewählt hätten, wo sie etwas mehr „soziale Wärme und Beschütztsein“ vermutet hätten. Die ÖVP habe, so Sieglinde Rosenberger, Politikwissenschaftlerin an der Uni Wien, die Wahl verloren, weil sie sich ihrer Sache zu sicher gewesen sei.

Es wird Sache der ÖVP sein, in Zukunft derartige Fehler zu vermeiden, sich im

► Wahlkampf besser zu positionieren und auf ihre Erfolge hinzuweisen, sowie eine größere Nähe zu den Wählern zu suchen. Wollen wir doch bei der

Wahl 2008 die relativ größte Anzahl von Stimmen und Mandaten erringen und damit wieder den Bundeskanzler stellen.

Abkürzungen und Quellen:

AC: Academia, Jahrgang, Nummer, Seite

EX: Die Exekutive, Organ der Kameradschaft der Exekutive Österreich, Jahrgang, Nummer, Seite

FK: Freiheitskämpfer, Nummer, Jahrg., Seite

FU: Die Furche, Jahrgang, Datum, Seite

MR: Der neue Mahnruf, Jahrgang, Nummer, Seite

PR: Die Presse, Jahrgang, Datum, Seite

ST: Der Standard, Jahrgang, Nummer, Seite

Ju. ■

Kuratorium 2008 – Ein lebender Beweis unserer Kameradschaft

Die jährliche Generalversammlung unseres Kuratoriums bestehend aus den Landesverbänden und Ehrenmitgliedern sowie dem Vorstand fand heuer vom 7. bis 10. Juli über Einladung des Landesverbandes Vorarlberg im Lochau statt.

Die ausgezeichnete Vorbereitung durch die Landesobfrau Nikolina Reichenpfader hat uns in das Schloss Hofen, das Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung geführt. Dieses Haus mit seinem ansprechenden Ambiente, seiner freundlichen und hilfsbereiten Betreuung und der Sternenküche war ideal für unsere Tagung.

Im Rahmen der Generalversammlung wurde nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Bundesobmann KomR Dr. Gerhard Kastelic der seit der vergangenen Sitzung verstorbenen Kameradinnen und Kameraden gedacht, denen ein ehrendes Andenken erhalten bleiben wird. Im Bericht des Bundesobmannes über die Aktivitäten der letzten Berichts-

periode sowie in der Darstellung der Arbeiten und Erfolge in der Opferfürsorgekommission durch unseren Hauptvertreter Dr. Hubert Jurasek kam die Unzahl von Arbeiten, Sitzungen, Tagungen und Teilnahme an Veranstaltungen mit der Repräsentanz unserer Kameradschaft zu Tage. Gerade das Jahr 2008, 70 Jahre nach der Okkupation Österreichs durch Nazideutschland, war geprägt von einer Vielzahl von Aktivitäten verschiedenster weltanschaulicher Richtungen und leider auch von dem immer wieder auftretenden Versuch, Österreich in die Täterrolle zu drängen. Wenngleich viele, ja zu viele ehemalige Österreicher zwischen 1938 und 1945 Verbrechen begangen haben, so konnte unsere Heimat, da nicht existent, kein Täter sein.

Nach der Entlastung des Kassiers und des gesamten Vorstandes und dem Dank durch das Kuratorium für die geleistete Arbeit fand die Neuwahl mit folgendem einstimmigen Ergebnis statt:

Obmann: KomR. Dr. Gerhard Kastelic

Obmann Stv.: Mathias Denifl, VPräs. d. Verw. GH i. R. Dr. Hubert Jurasek

Schriftführer: RA Dr. Marcus Zimmerbauer

Kassier: Othmar Burian

Zu Rechnungsprüfern wurden

Frau Margarethe Forster und Dr. Alois Schöllauf bestellt.

In das Schieds- und Ehrengericht wurden BgM. a. D. Mag. Leopold Guggenberger (Vorsitzender) sowie Frau Gertrude Heidelberger und Johannes Prohaska berufen.

In den Berichten der Landesverbände mit den unterschiedlichsten Aktivitäten kam einerseits die Lebendigkeit und Aktivität unserer Kameradschaft zu Tage, andererseits wurde aber auch dargestellt, wie schwierig die Arbeit für den Einzelnen und im Zusammenwirken mit Behörden und anderen Institutionen geworden ist.

Am Nachmittag des 8. Juli wurden wir im Vorarlberger Landhaus von Landesrat Ing. Erich Schwärzler empfangen, der uns in seiner freundlichen Begrüßung auch die Landesaktivitäten und die gegenwärtige politische Situation dieses Bundeslandes vorstellte. Ein Film über unser westlichstes Bundesland, ein animierter Vortrag durch den Historiker Univ. Doz. Dr. Weber und eine Jause beschlossen diesen Besuch.

Im Anschluss daran legte das Kuratorium bei der Pfarrkirche St. Gallus an der Gedenktafel für Ernst Volkmann einen Kranz nieder. Er verweigerte aus seiner christlichen Überzeugung und wegen seines Bekenntnisses zu Österreich den Fahneid auf Adolf Hitler und erlitt wie Franz Jägerstätter wegen dieser Verweigerung

das gleiche Schicksal. Er wurde am 9. August 1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Am 9. Juli besuchten wir im Rahmen einer Gedenkfahrt die Stadt Meersburg, die Wallfahrtskirche Birnau sowie die Stadt Friedrichshafen, in der unser Stadthistoriker Jürgen Oellers an Hand des kürzlich geschaffenen historischen Zeppelin-Pfades an der Station Nr. 4 auch die Anzahl der tausenden Opfer an KZ-Häftlingen und Fremdarbeitern in der Rüstungsindustrie darlegte.

Die Landesobfrau Nikolina Reichenpfader legte namens unserer Organisation einen Kranz bei der Heilanstalt Valduna in Rankweil im Gedenken an die 592 Patienten dieser Anstalt nieder, die zur Vernichtung nach Hartheim und andere Mordlager transportiert worden sind.

Im Jahr 2009 wird entsprechend dem Rhythmus unserer Kuratoriumssitzungen wieder in Wien getagt werden.

GK ■

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Fax: 01/401 43-350
Schriftleitung: Dr. Hubert Jurasek, VPräs. d. VwGH i. R.

Fotos: Archiv, privat

Satz/Umbruch: Tanja Pichler, 1080 Wien, Stolzenthalerg. 15

Druck: Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien

Internet: <http://www.oevp-kameradschaft.at>
E-mail: office@oevp-kameradschaft.at